

September 2020

Länderbericht

Länderbüro Moldova



Die Republik Moldau vor der Präsidentschaftswahl im November

Dr. Martin Sieg

In der Republik Moldau steht Anfang November eine reguläre Präsidentschaftswahl an. Aussichtsreiche Bewerber sind der Russland nahestehende Amtsinhaber Igor Dodon von der Partei der Sozialisten (PSRM) und die pro-Europäische Oppositionspolitikerin Maia Sandu, Vorsitzende der Partei Aktion und Solidarität (PAS). Die politische Lage ist von schwierigen Mehrheitsverhältnissen im Parlament und verbreiteter Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit dem Umgang der vom Präsidenten kontrollierten Regierung mit der Covid-19-Krise geprägt. Die Zustimmungswerte für Dodon sind daher zurückgegangen. Nach einigen Umfragen liegen er und Sandu inzwischen gleichauf. Allerdings wird sich Sandu erheblichen Nachteilen ausgesetzt sehen. Dazu zählen eine große Ungleichheit beim Zugang zu finanziellen Mitteln und Medien. Massenmedien und administrative Ressourcen werden weitgehend von ihren Gegnern kontrolliert. Zudem sieht sich Sandu im eigenen Wählerspektrum einer Reihe auch gegen sie gerichteter Kandidaturen gegenüber.

Die Auswirkungen der Covid-19-Krise

Die Erklärung eines nationalen Notstandes mit einem weitgehenden Lockdown zwischen Mitte März und Mitte Mai konnte den Virus nur begrenzt eindämmen. Infektionszahlen sind kontinuierlich gestiegen und schwanken seit Mitte August zwischen 300 und 600 Neuinfektionen täglich, bei einer Bevölkerung von gut zweieinhalb bis drei Millionen. Zugleich gibt es nur verhältnismäßig wenige Tests, sodass die Zahlen nur begrenzt aussagekräftig sind. In einem der ärmsten Länder Europas wird die Situation allerdings von der Bevölkerung überwiegend primär oder ausschließlich als soziale und wirtschaftliche Krise wahrgenommen. Die statistischen Indikatoren für die wirtschaftliche Entwicklung sind nur begrenzt belastbar. Die Regierung geht von einem Einbruch von etwa drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Industrie, Landwirtschaft oder der Handel verzeichnen allerdings bislang deutlich höhere Einbrüche.

Die sozialen Auswirkungen sind schwer zu quantifizieren und spiegeln sich in den Statistiken zur Arbeitslosigkeit und Sozialversicherungen kaum wider. Diese können entsprechende Verluste auch kaum kompensieren. Zur Unterstützung der

Wirtschaft hat die Regierung u.a. Aufschub von Steuerzahlungen, Erstattung von Mehrwertsteuer und Sozialbeiträgen, Beihilfen zu Zinszahlungen und vergünstigte Kredite besonders für kleine und mittlere Unternehmen beschlossen. Insbesondere für kleine Unternehmen soll der Zugang zu Hilfen allerdings schwierig und langsam sein. Eingeschränkt werden die Möglichkeiten der Regierung durch einen begrenzten Zugang zu Finanzierungsquellen und eine hohe Abhängigkeit von internationaler Unterstützung. Von IWF und Weltbank erhält die Moldau, auch durch Notfallkredite, in diesem Jahr bislang über 300 Millionen Dollar. Makrofinanzhilfen der EU hängen vom Willen der Regierung ab, demokratische und rechtsstaatliche Konditionen zu erfüllen. Dadurch konnte schließlich die Verabschiedung eines neuen NGO-Gesetzes durchgesetzt werden, das die Unabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen grundsätzlich stärkt, nachdem die PSRM diesen zeitweilig politische Aktivitäten und ausländische Finanzierungsmöglichkeiten weitgehend untersagen wollte.

Durch die Begrenztheit der verfügbaren Ressourcen und Kapazitäten mussten die Hilfsmaßnahmen der Regierung fast zwangsläufig hinter den Erwartungen der Bevölkerung zurückbleiben. Zu

einer wachsenden Unzufriedenheit in der Wählerschaft trug aber auch bei, dass das Krisenmanagement oft erratisch wirkte, wozu auch widersprüchliche Positionierungen von Präsident und Regierung beitrugen. Zur einer weiteren geopolitischen Polarisierung der Gesellschaft trug bei, dass Dodon Hilfe aus Russland und China demonstrativ würdigte, während Präsident und Premierminister Unterstützung aus der EU herunterspielten und die Hilfsleistungen Rumäniens regelrecht abschätzig behandelten. Um ihre finanziellen Spielräume zu erweitern, setzten sie auf einen Kredit über 200 Millionen Dollar aus Russland, den das Verfassungsgericht aber aufgrund fragwürdiger Bestimmungen für verfassungswidrig erklärte.

Politische Situation

Die durch Dodon kontrollierte Regierung stützt sich im Parlament auf eine Zusammenarbeit von PSRM und der Demokratischen Partei (PDM) des früheren Machthabers und Oligarchen Plahotniuc. Dessen Regime war im Juni letzten Jahres durch eine kurzlebige Zusammenarbeit zwischen der pro-europäischen Opposition und Dodon gestürzt worden. Die Regierungsmehrheit ist allerdings durch Abspaltungen von der PDM brüchig geworden. Bereits im Februar hatte eine Gruppe von Plahotniuc besonders nahestehenden Abgeordneten die PDM unter Führung des früheren Parlamentspräsidenten Andrian Candu verlassen und eine eigene Fraktion unter dem Namen Pro Moldova gegründet. Dass Pro Moldova offenbar über erhebliche Ressourcen und Kontrolle über einen Teil der Massenmedien verfügt, legt den Einfluss von Plahotniuc nahe, der nach seinem Sturz aus dem Land geflohen war.

Pro Moldova führt seither eine Art politischen Kleinkrieg gegen Dodon. Die Motive dürften von Rache für die Entmachtung Plahotniucs, Selbstbehauptung gegen Dodon hin zur Erlangung einer stärkeren Verhandlungsposition ihm gegenüber reichen. Pro Moldova griff Dodons Mehrheit an, indem sie Überläufer aus der PDM zu sich zog, was von Korruptionsvorwürfen be-

gleitet wurde. Den Wechsel eines Abgeordneten aus den eigenen Reihen unterband die PSRM mit handfesten Drohungen. Pro Moldova nahestehende Medien veröffentlichten die Videoaufzeichnung eines Treffens zwischen Plahotniuc und Dodon, das nahelegt, dass letzterer Geld sowohl von ersterem wie von Russland erhalten hatte. Veröffentlicht wurde ebenfalls ein Telefonmitschnitt, der belegen soll, dass Dodon von der Annullierung der Bürgermeisterwahl in Chişinău 2018 im Voraus wusste. Wohl auch im Gegenzug erhob die Generalstaatsanwaltschaft schließlich Anklage gegen Plahotniuc. Daneben wurde Vaceaslav Platon, der 2016 nach Konflikten mit Plahotniuc als Drahtzieher des sogenannten russischen Laundromats (mit dem über 20 Mrd. Dollar Schwarzgelder durch moldauische Gerichte und Banken gewaschen worden waren) verurteilt worden war, entlassen und erhob weitere Anschuldigungen gegen Plahotniuc. Begründung seiner Freilassung war, dass die Verurteilung auf gefälschten Beweisen beruhte, was durchaus plausibel ist, aber nicht beantwortet, warum es nicht sogleich ein Anschlussverfahren gegeben hat, da weiterhin erhebliche Anklagepunkte bestehen.

PDM und Pro Moldova sehen sich in einem Dilemma. Kann Dodon seine Macht konsolidieren, drohen sie unter seine Kontrolle bzw. in Abhängigkeit von ihm zu gelangen. Beide sind in einem hohen Ausmaß mit Korruptionsvorwürfen und Machtmissbrauch verbunden. Die unter Plahotniucs Regime herrschende Justizwillkür wurde mit seinem Sturz zwar weitgehend eingeschränkt, die Justiz kann aber weiterhin nicht als unabhängig gelten und Kontrolle über Strafverfolgungsbehörden dürfte auf Dodon übergegangen sein. Zudem hat Dodon wiederholt mit dem Hinweis auf mögliche Neuwahlen gedroht. PDM und Pro Moldova verdanken die hohe Zahl ihrer Parlamentsmandate – 30 direkt bzw. 40 mit nahestehenden „Unabhängigen“ und der Shor Partei, bei der es sich faktisch um eine Art Filialpartei handelte – nur dem Umstand, dass die letzte Parlamentswahl vom Februar 2019 nicht annähernd frei und fair war. Die Drohung mit Neuwahlen für das Parlament wirkte aber hohl, da Dodon im

Blick auf die Präsidentschaftswahl die Kontrolle über die Regierung offenbar wichtiger ist und eine Parlamentsauflösung in den letzten sechs Monaten einer präsidentenamtlichen Amtszeit nicht zulässig ist. Diese Tatsache verleiht der PDM und besonders Pro Moldova zunächst Spielräume, Dodons Macht einzuschränken bzw. anzugreifen. Zugleich dürften jedoch die rechtstaatlichen Reformen und Korruptionsbekämpfung, für die Sandu steht, für sie und ihre Geschäftsmodelle zwar eine fernere, aber noch existenziellere Gefahr bedeuten als Dodons Wiederwahl.

Gegensätzliche Interessenlagen erschweren die Bildung alternativer Mehrheiten. Angesichts Dodons schwindender Mehrheit und der wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung hinsichtlich des Umgangs mit der Covid-19-Krise hatte die zweite im Parlament vertretene pro-europäische Oppositionspartei Plattform Würde und Wahrheit (PDA) von Andrei Nastase einen Misstrauensantrag gegen die Regierung eingebracht. Zugleich erklärte sie, selbst zur Bildung einer neuen Regierung bereit zu sein und forderte die PDM auf, die Koalition mit der PSRM zu verlassen, nachdem PAS und Pro Moldova Unterstützung signalisiert hatten. Eine Koalition mit PDM oder Pro Moldova oder deren Regierungsbeteiligung hatte dabei auch Nastase ausgeschlossen. Umgekehrt dürfte Pro Moldova den Vorstoß der PDA nur unterstützt haben, um Dodon weiter zu schwächen und Nastase als Gegengewicht zu Sandu zu stärken. Das Misstrauensvotum scheiterte am 20.7. mit 46 von 101 Stimmen.

Nicht ausgeschlossen ist, dass es zu weiteren Anläufen für einen Regierungswechsel kommen könnte. Die Verwicklung von PDM und Pro Moldova in das frühere Plahotniuc-Regime, Korruptionsvorwürfe und die darauf resultierende Diskreditierung beider Parteien in der Öffentlichkeit schränken die Möglichkeiten der Zusammenarbeit für PAS und PDA allerdings ein. Noch diskreditierter ist weithin die Shor Partei, benannt nach ihren Gründer Ilan Shor, der nach einschlägigen Untersuchungen und einer erstinstanzlichen Verurteilung der Organisator des sogenannten Milliarden Diebstahls aus dem moldauischen Ban-

kensystem war. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Partei offenbar über erhebliche Ressourcen verfügt. Shor selbst war zeitgleich mit Plahotniuc geflohen. Durch die einschlägigen Untersuchungsberichte der Firma Kroll sind auch andere Abgeordnete der Partei zu kompromittiert für eine Kooperation, was die Hürden für eine Mehrheitsbildung ohne Dodons PSRM weiter erhöht.

Die Shor Partei ist nur das klarste Beispiel dafür, dass sich die Gegensätze in der moldauischen Politik nicht auf den Antagonismus zwischen pro-europäischen oder pro-russischen Vektoren beschränken. Die PSRM hat 36 von 101 Mandaten. Die geopolitische Polarisierung des Landes sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass insgesamt 75 Prozent aller Abgeordneten politischen Kräften angehören, die entweder geopolitisch für eine andere Ausrichtung als eine engere Anbindung an die EU stehen oder aber deren Interessen, Verstrickungen und Verhalten bislang in einem Gegensatz zu europäischen Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaat standen. Nach dem Ende von Plahotniucs Regime erscheint daher im Zuge der Rückkehr zu demokratischeren Verhältnissen auch eine Neuwahl des Parlaments grundsätzlich naheliegend.

Umfragen sind derzeit besonders volatil. Nach seriösen Erhebungen schwanken die Werte für die PSRM zwischen 30 und 40 Prozent, von PAS zwischen 25 und über 30 Prozent. Je nach Umfrage ist die Partidul Nostru („Unsere Partei“) von Renato Usatii und die Shor Partei drittstärkste Kraft, mit Werten von jeweils deutlich über fünf bis über 10 Prozent. Usatii, der auch Bürgermeister von Balti, der zweitgrößten Stadt in der Moldau ist, hat sich im russlandnahen bzw. linken Wählerspektrum als Anti-Establishment-Aktivist profiliert und profitiert von sinkenden Beliebtheitswerten Dodons. Die Anhängerschaft der Shor Partei gründet nicht auf programmatischen Positionen, sondern auf einem Geschäftsmodell, das mittels materieller Zuwendungen arme Wähler an sich bindet. PDA und PDM liegen je nach Umfrage knapp über oder unter fünf Prozent.

Ausblick auf die Präsidentschaftswahl

In Umfragen führen Dodon und Sandu das Bewerberfeld so deutlich an, dass sie voraussichtlich bei der ersten Runde der Wahl am 1.11. in die Stichwahl einziehen. Sandu war bereits in der letzten Präsidentschaftswahl 2016 gegen Dodon angetreten. Da sich ihre Kandidatur zugleich gegen Plahotniuc richtete, hatte sie von vornherein kaum Chancen, kam aber gleichwohl auf 48 Prozent. Heute verfügt Dodon als Amtsinhaber, der auch die Regierung kontrolliert, über die günstigere Ausgangslage, aber die Situation ist grundsätzlich offener und volatiler, was sich auch in Umfragen spiegelt.

Sandu wird sich bei der Präsidentschaftswahl allerdings einer Reihe von Nachteilen ausgesetzt sehen. Dazu zählt eine große Ungleichheit der Mittel und des Medienzugangs im Wahlkampf. Seit dem Sturz Plahotniucs haben Schikanen und direkte Repressionsmaßnahmen gegen Oppositionsparteien weitgehend aufgehört; diese haben jetzt auch Zugang zu staatlicher Parteienfinanzierung. Gleichwohl ist nach wie vor von einem extremen Ungleichgewicht der eingesetzten Gelder auszugehen. Dodon oder ihm nahestehende Akteure haben zudem ihren Einfluss auf die Massenmedien ausweiten können. Die meisten Massenmedien werden inzwischen faktisch von ihm oder von Pro Moldova kontrolliert, sodass Sandu einen großen Teil der Wähler nicht unmittelbar erreichen kann. Diese Massenmedien haben bereits in der Vergangenheit massive Diskreditierungs- und Fake-News-Kampagnen gegen Sandu und Nastase geführt und setzen dies auch fort. Eine offene Frage ist, in welchem Umfang Dodon Unterstützung durch Russland erlangt und welche Rolle administrative Ressourcen spielen, die unter Plahotniuc massiv zugunsten regierungsnaher Parteien bzw. Kandidaten eingesetzt wurden. Oppositionsparteien sind darüber hinaus über einen organisierten Einsatz von Wählern aus der separatistischen Region Transnistrien zugunsten von Dodon besorgt. Außerdem dürften die Möglichkeiten der großen moldauischen Diaspora, sich an den Wahlen zu beteiligen, aufgrund der Covid-19-Krise eingeschränkter sein.

Bei der Präsidentschaftswahl 2016 machen die Stimmen aus der Diaspora etwa 9 Prozent der Gesamtstimmen aus. Über 85 Prozent davon stimmten für Sandu.

Fragmentiert ist derzeit besonders das unionistische Wählerspektrum (für das die Vereinigung mit Rumänien ein zentrales Anliegen ist), dessen Stimmen für die Mehrheitsfähigkeit von Mitte-Rechts-Parteien und Kandidaten ausschlaggebend sein können. Es wurde in der Vergangenheit durch die Liberale Partei (PL) vertreten, die bei früheren Wahlen regelmäßig um die 10 Prozent der Stimmen erlangte, sich allerdings durch eine zeitweilige Zusammenarbeit mit Plahotniuc diskreditiert hat und 2019 auf ein Prozent abstürzte. In diesem Bereich konkurriert jetzt eine Mehrzahl von Akteuren. Besonders der frühere Chisinauer Bürgermeister Dorin Chirtoaca bemüht sich um die Bildung einer moderat unionistischen Sammlungsbewegung und deren konstruktive Zusammenarbeit mit anderen pro-europäischen Kräften. Diskreditierungskampagnen und Anklagen, mittels derer Plahotniuc Chirtoaca als Bürgermeister abgesetzt hatte, haben seine Glaubwürdigkeit aber erheblich beschädigt. Andere Kandidaten versuchen sich unionistischen Wähler mit antagonistischen Positionen gegenüber anderen pro-europäischen Mitbewerbern zu empfehlen, was eine Mobilisierung dieser Wähler insgesamt eher erschweren wird.

Voraussichtlich werden auch Pro Moldova und PDM mit eigenen Präsidentschaftskandidaten antreten. Beide Parteien werden sich – wie sich schon Plahotniuc zu legitimieren suchte – deklaratorisch auch pro-europäisch positionieren (bzw. als pro-westliches Korrektiv zu Dodon). In beiden Fällen dürften zwar Glaubwürdigkeit und Zustimmungswerte an sich begrenzt bleiben. Beide dürften dabei aber auch Munition für Kampagnen gegen Sandu liefern. Insbesondere Pro Moldova verfügt nach wie vor über erhebliche Ressourcen; und die gegenwärtige Konfrontationshaltung der Partei gegenüber Dodon sollte nicht auf ernsthafte Unterstützung für Sandu schließen lassen.

Differenzen innerhalb der pro-europäischen Opposition

Während Dodon sich im eigenen Wählerpotential bislang mit Usatii nur einem vermutlich ernsthaften Gegenkandidaten gegenüber sieht (sowie gegebenenfalls einer Konkurrenz um arme Wähler durch die Shor Partei), wird sich Sandu im Mitte-Rechts-Spektrum einer Mehrzahl gegen sie gerichteter Kandidaturen gegenübersehen. Insbesondere ist das Oppositionsbündnis ACUM, zu dem sich PAS und PDA vor der Parlamentswahl 2019 zusammengeschlossen hatten, faktisch auseinandergefallen. Sandu verdankte ihr hohes Ergebnis bei der Präsidentenwahl 2016 auch der Tatsache, dass Nastase zu ihren Gunsten eine eigene Kandidatur zurückgezogen hatte. Seither waren beide Parteien bei allen Wahlen mit gemeinsamen Kandidaten oder -Listen angetreten. Diese Zusammenarbeit war für das Überleben der pro-europäischen Opposition und die Beendigung des Plahotniuc-Regimes entscheidend. Seither ist aber nicht nur der von ihm ausgehende Einigungsdruck auf die pro-europäischen Parteien geschwunden. Sandu hat von dieser Zusammenarbeit politisch auch viel stärker profitiert als Nastase und PDA.

Der Markenkern von PDA war Protest gegen Plahotniuc. Das Ende seines Regimes hat die Partei aber auch in eine bislang nicht überwundene Identitätskrise geführt. Während der aggressivere Stil von PDA auch Mitte-Rechts-Wähler stärker polarisierte, war die Akzeptanz und Zustimmung zu Sandu in der Wählerschaft immer breiter und inklusiver. Die positiven Werte, für die auch PDA steht – Demokratie, Rechtsstaat, Korruptionsbekämpfung und europäische Integration –, werden für die ganz überwiegende Zahl der Wähler originärer durch Sandu und PAS vertreten. In der Opposition gegen Plahotniuc begegneten

sich beide Parteien weitgehend auf Augenhöhe. Das mittlerweile weite Auseinanderfallen beider Parteien in den Zustimmungswerten hat in PDA zu einem hohen Maß an Enttäuschung und zu einer Tendenz geführt, die Verantwortung dafür bei Sandu und PAS zu suchen. Aus PDA und von Nastase erfährt Sandu daher deutliche Kritik; und Nastase hat ebenfalls seine Kandidatur für die Präsidentschaft angekündigt (Seine Umfragewerte liegen im niedrigen einstelligen Bereich).

Die Liberaldemokratische Partei (PLDM), die wie PAS und PDA der Europäischen Volkspartei zugehörig ist und das Oppositionsbündnis gegen Plahotniuc auch unterstützt hatte, wird mit ihrem bisherigen Vorsitzenden Tudor Deliu ebenfalls einen eigenen Kandidaten ins Rennen schicken. Im August wurde der frühere Ministerpräsident Vlad Filat wieder zum Vorsitzenden gewählt. Korruptionsvorwürfe hatten seine Glaubwürdigkeit in der Wählerschaft schwer beschädigt, bevor er – als langjähriger Rivale Plahotniucs – 2015 verhaftet und in einem offenkundig politischen Verfahren zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Nach der Machtübernahme Dodons wurde Filat vorzeitig entlassen. Er kritisierte seither wiederholt Sandu. Die PLDM liegt in Umfragen seit Jahren bei recht konstant ein bis zwei Prozent. Auch die Kandidatur von Deliu dürfte einige Aufmerksamkeit und Stimmen von Sandu abziehen. Da bei dieser Wahl eine Einigung der Mitgliedsparteien auf eine aussichtsreiche Kandidatur nicht realistisch war, hat Donald Tusk als Vorsitzender die Unterstützung der EVP für Sandu erklärt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Dr. Martin Sieg
Leiter
Auslandsbüro Moldau

www.kas.de

martin.sieg@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)